

Telefon: 16 - 22351
Telefax: 16 - 27135

Kreisverwaltungsreferat

Geschäftsleitung
Haushalts- und Finanzplanung
Bestellwesen
KVR-GL/121

Haushaltsplanentwurf 2006 Verwaltungshaushalt und Vermögenshaushalt (bewegliches Vermögen, Gruppierung 935.0)

1 Anlage

Beschluss des Kreisverwaltungsausschusses am 25.10.2005 (VB) Öffentliche Sitzung

I. Vortrag des Referenten

Dem Kreisverwaltungsreferat ist für das Haushaltsjahr 2006 nach dem Vollversammlungsbeschluss vom 27.07.2005 (Eckdatenbeschluss für das Haushaltsjahr 2006) ein **Ausgabenbudget in Höhe von 211.086.000 €** zugeteilt worden. Hinsichtlich der Aufteilung auf die einzelnen Unterabschnitte und Haushaltsstellen wird auf die Anlage verwiesen.

Budgetentwicklung

1. Eckdaten 2006

Maßgebend für die Budgetentwicklung sind die am 27.07.2005 von der Vollversammlung beschlossenen Eckdaten für das Haushaltsjahr 2006. Grundlage für diese Eckdaten waren das Referatsbudget des Vorjahres und der Konsolidierungsbeitrag 2006.

2. Auswirkungen der Haushaltskonsolidierung 2002 bis 2006

Das Kreisverwaltungsreferat hat im Haushaltsjahr 2005 eine Übererfüllung des Konsolidierungsbeitrags in Höhe von 700 T€ erbracht. Der nach Eckdatenbeschluss in Zwischensumme festgelegte Konsolidierungsbeitrag 2006 in Höhe von 1.599 T€ reduziert sich somit auf 899 T€ und ist bereits in der oben genannten Budgetsumme berücksichtigt.

3. Veränderungen nach Eckdatenbeschluss

Eine irrtümliche Veranschlagung im Ausgabenbereich musste nach Redaktionsschluss zum Eckdatenbeschluss berichtigt werden. Im Ergebnis erhöhte sich hiernach das Ausgabenbudget um 166 T€.

Das Ausgabenbudget beträgt nunmehr 211.252.000 €. In dieser Höhe erfolgte auch die haushaltsstellenscharfe Aufteilung in den anliegenden SAP-Ausdrucken.

4. Personalbudget

Im Jahr 2006 stehen 25 Stellen zur Einsparung an. Im Zuge der Haushaltskonsolidierung 2002 bis 2005 wurden bisher rund 125 Stellen unterschiedlichster Bewertungen eingezogen.

Im Rahmen einer Organisationsentwicklung der Ausländerbehörde wurde erkannt, dass die Verbesserung der Informationsbasis für die Sachbearbeitung der Schlüssel für alle weiteren Optimierungs- und Verbesserungsmaßnahmen im Bereich der Geschäftsprozesse, der Kundenfreundlichkeit und Mitarbeiterfreundlichkeit ist. Die Verbesserung der Informationsbasis soll durch ein neu konzipiertes „Integriertes DV-System für die Ausländerbehörde“ (IDA-Projekt) erfolgen.

Der Stadtrat hat deshalb in der Vollversammlung am 06.07.05 die Realisierung der ersten Stufe von IDA genehmigt. Als wesentlicher Bestandteil dieser Stufe gilt die Einführung einer elektronischen Akte. Damit wird der Hauptnutzen des Systems, der sich insbesondere aus der Minimierung von Aktensuchzeiten und der erheblichen Reduzierung der erforderlichen Papiertransporte zusammensetzt, erzielt.

Ein weiterer Effekt wird durch Kosteneinsparungen im Personalbereich erzielt. Im Ergebnis können in 2005 und 2006 nachhaltig rund 440 Tsd. Euro (entspricht etwa 13 Stellen) eingespart werden. Diese Kostenreduzierung ist Bestandteil der Wirtschaftlichkeitsberechnung des Beschlusses zum Projekt IDA und steht nicht im Zusammenhang mit den Stelleneinsparungen bei der Haushaltskonsolidierung.

Allgemeine Einnahmenentwicklung

In der Gesamtschau der Einnahmenanmeldung zum Eckdatenbeschluss vom 27.07.2005 haben sich die Einnahmen für das Planungsjahr gegenüber dem Vorjahr um rund 1.858 T€. erhöht. Diese ergeben sich aus Gegenrechnungen von Mehr- und Mindereinnahmen in allen Unterabschnitten.

Hiervon entfallen rund 1.083 T€ auf nicht beeinflussbare Fallzahlen vorwiegend im Kfz.-Zulassungsbereich (Haushaltsstellen 1100.100.0000.5, 1100.100.6200.5) in Höhe von rund 510 T€, auf allgemeine Zwangsgelder (Haushaltsstelle 1100.260.0000.7) in Höhe von 125 T€ und im Bereich der Branddirektion für Hilfeleistungen und Ersätze (Haushaltsstellen 1300.110.6905.6 und 1300.150.0000.8) in Höhe von 448 T€.

Eine Vergleichbarkeit mit den Ansätzen der Vorjahre ist nur bedingt möglich, da in Vorbereitung der Umstellung auf das Neue Kommunale Rechnungswesen die Unterabschnitte 1100 mit den Unterabschnitten 1140 und 1150, die Unterabschnitte 1110 mit 1120 sowie im Bereich der Branddirektion die Unterabschnitte 1300 mit 1310, 1320 und 1400 mit 1410 zusammengelegt wurden.

Prioritätensetzung im Ausgabenbereich

Auch bei den Ausgaben ist eine Vergleichbarkeit mit den Ansätzen der Vorjahre nur bedingt möglich, da in Vorbereitung der Umstellung auf das Neue Kommunale Rechnungswesen eine Reihe von Unterabschnitten und Haushaltsstellen (vgl. Ausführungen bei Einnahmen) zusammengelegt wurden.

Folgendes Beispiel soll dies verdeutlichen:

Hh.Stelle	Ansatz 2005/€	Ansatz 2006/€	Bemerkung
1100.650.0000.9 Geschäftsausgaben	761.000	1.929.000	Die links stehenden Haushaltsstellen mit ihren Ansätzen in 2005 wurden über die genannten Unterabschnitte in 2006 zusammengefasst. Die vormaligen Haushaltsstellen sind in 2006 entfallen. In Summe ergibt sich eine niedrigere Dotierung von 10 T€
1140.650.0000.1 Geschäftsausgaben	28.000	0	
1150.650.0000.8 Geschäftsausgaben	3.000	0	
1100.652.0000.5 Portokosten	860.000	0	
1140.652.0000.7 Portokosten	45.000	0	
1150.652.0000.4 Portokosten	2.000	0	
1100.603.0000.8 Sachkosten für die Zustellung von Lohnsteuerkarten	240.000	0	
Summe	1.939.000		

Die Ausgabenschwerpunkte ergeben sich primär aus dem System der Modellrechnung. Hier ist der „gesondert bewertete Bereich“ hervorzuheben, der hinsichtlich der Ausgabenansätze grundsätzlich keiner Disposition unterliegt. Über Einzelheiten gibt - wie oben bereits erwähnt - der Eckdatenbeschluss 2006- der Vollversammlung vom 27.07.2005 Auskunft.

Für sonstige Prioritätensetzungen kann darüber hinaus nur auf die Mittel im pauschal bewerteten Bereich zurückgegriffen werden.

Die Ausgabenschwerpunkte betreffen primär den laufenden Dienstbetrieb.

Ein Großteil der Ausgabemittel dient der Finanzierung KVR-spezifischer Aufgaben, die überwiegend einen gesetzlichen Entstehungsgrund haben. Gestaltungsmöglichkeiten sind hier kaum gegeben.

Die Ausgaben im Sachmittelbereich sind zudem einer ständigen Preissteigerung unterworfen, die dann aus den pauschalen Mitteln des Referatsbudgets ausgeglichen werden müssen. Als aktuelles Beispiel können die steigenden Energiekosten genannt werden.

Bei der Prioritätensetzung 2006 sind nachfolgende Positionen erläuterungsbedürftig:

1100.504.0000.8 „Unterhalt angemieteter Diensträume“

Bei dieser Haushaltsstelle konnte eine Kostenreduzierung in Höhe von 152.000 € durch Wegfall der vormaligen Rückbauverpflichtungen der ehemaligen Klein-Bezirksinspektionen erzielt werden.

1100.530.0000.3 „Mieten und Pachten für Liegenschaften“

Die Aufwendungen führten zu einer Mehrung in Höhe von 132.100 €, da hier noch eine befristete Fortdauer bestehender Mietverträge für die ehemaligen Klein-Bezirksinspektionen bedient werden musste.

1300.520.0000.2 „Einrichtungs-, Ausstattungsgegenstände“

Hier war eine Erhöhung von rund 200 T€ erforderlich, da die Kosten für die unter die 410 €-Grenze fallenden Artikel im DV-Bereich sowie die Wartung im gleichen Bereich einen stetig höheren Aufwand verursachen.

1300.550.0000.9 „Kraftfahrzeuge, Löschfahrzeuge, Rüstfahrzeuge“

Die Kostensteigerung in Höhe von 240 T€ beruht auf Preisanstiege im Mineralölbereich.

Die Stadtkämmerei und das Personal – und Organisationsreferat haben einen Abdruck dieser Beschlussvorlage erhalten.

Die Stadtkämmerei hat hierzu folgende Stellungnahme abgegeben:

Die Korreferentin des Kreisverwaltungsreferates, Frau Stadträtin Scheuble-Schaefer, sowie die Verwaltungsbeiräte aller Hauptabteilungen des Kreisverwaltungsreferates

Herr Stadtrat Benker
Herr Stadtrat Schmid
Herr Stadtrat Wolfswinkler
Herr Stadtrat Altmann
Herr Stadtrat Hierl

haben von dieser Beschlußvorlage Kenntnis genommen.

II. Antrag des Referenten:

1. Vom Vortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Verteilung der Ausgabemittel innerhalb des Budgetrahmens auf die einzelnen Unterabschnitte und Haushaltsstellen wird - wie im Haushaltsplanentwurf dargestellt – zugestimmt.

III. Beschluss

nach Antrag

Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der/Die Vorsitzende

Der Referent

Ober/Bürgermeister/in

Dr. Blume-Beyerle
Berufsmäßiger Stadtrat

IV. Abdruck von I. – III.

über den stenographischen Sitzungsdienst

an das Direktorium – HA II/ V 2 (3 x)

an das Direktorium - Dokumentationsstelle

an das Direktorium - AfID

an das Personal- und Organisationsreferat

an das Revisionsamt

an die Stadtkämmerei

zur Kenntnis

V. Wv. bei Kreisverwaltungsreferat – GL/111

Zu V.:

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. Mit Vorgang zurück zum Kreisverwaltungsreferat-GL/121
zur weiteren Veranlassung.

Am

Kreisverwaltungsreferat – GL/111

I. A.